

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Torsten Hofer (SPD)

vom 16. Mai 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Mai 2022)

zum Thema:

Kita- und Schulwegsicherheit in der Lessingstraße in Wilhelmsruh, Pankow

und **Antwort** vom 03. Juni 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Juni 2022)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Torsten Hofer (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11920
vom 16. Mai 2022
über Kita- und Schulwegsicherheit in der Lessingstraße in Wilhelmsruh, Pankow

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Pankow um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

1. Inwiefern wird das Land die Tempo-30-Beschilderung in der Lessingstraße in 13158 Berlin-Wilhelmsruh dahingehend anpassen, dass die Länge der Tempo-30-Strecke um 100 Meter ausgedehnt wird, damit auch die BOOT-Kita „Umlandzwerge“ erfasst ist (das Schild befindet sich derzeit hinter der Kita, das heißt, die Kita selbst liegt noch im Tempo-50-Bereich)?
2. Inwiefern wird das Land die Tempo-30-Beschilderung in der Lessingstraße dahingehend anpassen, dass die Dauer der Regelung auf 6:30 Uhr bis 17:30 Uhr (jetzt nur 7 bis 17 Uhr) ausgedehnt wird, weil die Kita bereits sehr früh öffnet und erst später schließt?

Zu 1. und 2.: „Grundlage für alle Maßnahmen zur Sicherung von Kita- und Schulwegen sind entsprechende Konzepte und Pläne. Erst daraus ergeben sich Handlungsnotwendigkeiten für verkehrsrechtliche Anordnungen und/oder bauliche Maßnahmen. Insofern ist die Prüfung der genannten Sachverhalte dem zuzuordnen. Konzepte und Pläne für Kita- und Schulwege sind von den entsprechenden Bedarfsträgern zu initiieren und gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern zu erstellen und umzusetzen. Die Prüfung der, in Frage 1 und 2 angeführten, Einzelsachverhalte losgelöst von den o.g. Grundlagen kann zudem aufgrund aktuell akuter personeller Engpässe im entsprechenden Sachgebiet der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde nicht zeitnah zugesagt werden.“

Berlin, den 3. Juni 2022

In Vertretung
Alexander Slotty
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie